

## **Elke Ferner und Ulf Daude: Mädchenrechte stärken – Bildung bleibt der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe**

*Am Anfang stand eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion. Morgen wird der Internationale Mädchentag der Vereinten Nationen (VN) zum fünften Mal begangen. Dazu erklären die ASF-Bundesvorsitzende **Elke Ferner**, MdB, und der AfB-Bundesvorsitzende **Ulf Daude**:*

62 Millionen Mädchen weltweit gehen nicht zur Schule. Dabei belegen Untersuchungen, dass der Schulbesuch von Mädchen dazu führt, u. a. Zwangsehen, sexuelle Übergriffe und ungewollte Schwangerschaften deutlich zu reduzieren. Außerdem hilft die Erhöhung des Bildungsniveaus, den allgemeinen Wohlstand signifikant zu steigern. Dies gilt vor allem in den Entwicklungsländern. Die VN haben deshalb 2011 den Internationalen Mädchentag ins Leben gerufen, um auf die Rechte der Mädchen und ihre stärkere Umsetzung aufmerksam zu machen. Es geht auch darum, die Wertschätzung für die jungen Frauen zum Ausdruck zu bringen. Weltweit setzen wir uns z. B. für das Recht auf Bildung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf menschenwürdige Arbeit ein.

Um die Aufmerksamkeit auf die besondere Situation von Mädchen in der Welt zu lenken, hat die SPD-Bundestagsfraktion 2011 die Initiative für einen fraktionsübergreifenden Antrag ergriffen. In diesem Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich bei den VN für die Einrichtung eines Internationalen Mädchentages einzusetzen. Dieser sollte das Bewusstsein für die Sicherheit und Rechte von Mädchen und jungen Frauen vor allem dort sichtbar machen, wo sie noch lange nicht selbstverständlich sind. Die VN haben sich diese Forderungen zu eigen gemacht und den 11.10. zum Internationalen Mädchentag erklärt. Erstmals wurde dieser am 11.10.2012 begangen.

Für eine Chancengleichheit von Beginn an ist es auch unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten erforderlich, dass Mädchen die Grundschule abschließen und zu einer weiterführenden Schule gehen können. Doch auch eine weitergehende Förderung von Mädchen- und Frauenrechten ist notwendig. Dazu müssen die in der VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung festgelegten gleichstellungspolitischen Ziele mit Maßnahmen unterlegt und umgesetzt werden.

Die schulische Bildung von Mädchen ist gerade in den Krisenregionen der Welt ein Schlüssel für eine angemessene gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen. Sie kann damit auch ein Grundstein sein für den Friedensprozess nach bewaffneten Konflikten. Die Wiederherstellung von Alltagsstrukturen gelingt häufig. Politische Mitsprache und Schutz von Frauenrechten von Anfang an sind aber wichtige Faktoren, um ein erneutes Aufflammen von Konflikten zu verhindern. Deshalb muss die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ mit Leben gefüllt werden.

Benachteiligungen von Mädchen und jungen Frauen müssen abgebaut werden, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Bildung ist dafür überall auf der Welt, auch in Deutschland, der Schlüssel. Dafür werden wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen.